

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

- **6.** Richtlinien für die Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal
- 7. Verlautbarung v. Gemeinderatsbeschlüssen nach dem Tir. Raumordnungsgesetz 2016 im Internet seit 1. Oktober 2016
- **8.** Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2017
- Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2017
 Verbraucherpreisindex für Dezember 2016 (vorläufiges Ergebnis)

6.

Richtlinien für die Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal

Für das Jahr 2017 ist unter dem Verwendungszweck "Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal (Haushaltsjahr 2016)" wiederum ein Betrag von drei Millionen Euro vorgesehen.

Die Bedarfszuweisungen werden unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

- 1. Die Gemeinde hat <u>angemessene</u> einmalige und laufende Gebühren vorzuschreiben.
- Maßgeblich sind die Gebührensätze des Jahres 2016. In diesem Jahr waren EUR 5,45 inkl. Umsatzsteuer je m³ Baumasse bzw. EUR 16,35 inkl. Umsatzsteuer je m² Bruttogeschossfläche an einmaligen bzw. bis zum ersten Ablesezeitpunkt im Jahr 2016 EUR 2,115 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler und ab dem ersten Ablesezeitpunkt EUR 2,130 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler an laufenden Gebühren vorzuschreiben. (Siehe auch Merkblatt für die Gemeinden Tirols, November 2015).
- 2. Die Gemeinde war im Haushaltsjahr 2016 nicht in der Lage, den Gebührenhaushalt Kanal durch <u>zumutbare</u> einmalige und laufende Gebühren auszugleichen

(Rechnungsabgang im ordentlichen Haushalt im Abschnitt 851). Als zumutbare einmalige Gebühren gelten die unter Punkt 1 genannten Gebührensätze. Als zumutbare laufende Gebühr gilt ein Tarif von EUR 2,18 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler. Liegt die laufende Gebühr unter der zumutbaren aber noch mindestens bei der angemessenen Gebühr, so erfolgt eine Kürzung des anzurechnenden Haushaltsabganges.

- 3. Werden verlorene Zuschüsse (Förderungen) gewährt, die die Kanalgebührenbelastung auch nur für einen einzelnen Gebührenpflichtigen im Ergebnis auf weniger als die angemessenen Gebühren vermindern, so ist die Gewährung einer Bedarfszuweisung zum Gebührenhaushalt Kanal nicht möglich.
- 4. Eine weitere Voraussetzung ist die **fristgerechte Beschlussfassung der Jahresrechnung 2016** bis spätestens 31. März 2017 (§ 108 Abs. 1 TGO).
- Als Nachweis ist die **Niederschrift** der Gemeinderatssitzung beim Bedarfszuweisungsantrag im Reiter "Mitteilungen" anzuschließen.
- 5. Nach Vorliegen des auf Status BH oder

Gemeindeabteilung weitergeleiteten <u>endgültigen</u> Gemeindehaushaltsdatenträgers (GHD) kann unter "Anträge" mit der Filterauswahl Vorgangstyp "Gebührenhaushalt Kanal" und nach der Betätigung der Schaltfläche "Suchen" der Antrag "Gebührenhaushalt 2017" Kanal ausgewählt werden.

Im Reiter "Kennzahlen" sind sodann die vorgegebenen Felder (Gebührensätze der Gemeinde im Jahr 2016) zu befüllen. Im Reiter "Mitteilungen" sind die Niederschrift über die Beschlussfassung der Jahresrechnung 2016 samt Kundmachung sowie die Niederschriften des Gemeinderates über die Festsetzung der im Jahr 2016 gültigen Gebühren (einmalige und laufende Gebühren) die aktuell gültige Kanalgebührenordnung und anzuschließen. Wir erinnern eingehend, dass eine Bearbeitung des Antrages ohne die erwähnten beizulegenden Unterlagen nicht möglich ist!

Der ausgefüllte Antrag ist bis spätestens Freitag, den 21. April 2017, an die Abteilung Gemeinden weiterzuleiten.

Es wird wiederum darauf hingewiesen, dass allfällige nachträgliche Korrekturen von Rechnungsabschlusspositionen bei der Antragsstellung (Vergütungen zwischen Verwaltungszweigen, Personalaufwand etc.) im Haushaltsteil nicht mehr möglich sind und nur mehr dann anerkannt werden, wenn diese bereits in Jahresrechnung enthalten sind. Die Aufsichtsbehörde behält sich vor, sich die diesen Positionen zugrundeliegenden Kalkulationen (Stundenaufzeichnungen etc.) zur Prüfung vorlegen zu lassen.

Die Abteilung Gemeinden prüft die Anträge sodann inhaltlich und legt bis Ende Juni 2017 einen Verteilungsvorschlag vor. Eine zugesagte Förderung wird

in der Regel im Zuge der 2. Ausschüttung der Bedarfszuweisungen ausbezahlt.

Die Bedarfszuweisungsmittel sollen jenen Gemeinden zugutekommen, die trotz zumutbarer Gebühren unter Zugrundelegung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit nicht in der Lage sind, den Gebührenhaushalt Kanal auszugleichen. Kann mit dem vorgesehenen Betrag von EUR 3,0 Mio. nicht das Auslangen gefunden werden, werden Bedarfszuweisungen im Verhältnis der Finanzkraft II der Gemeinden gekürzt. Die Landesregierung behält sich weiters eine Deckelung (Obergrenze) des Förderbetrages vor.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre wird besonders darauf hingewiesen, dass die unter "Mitteilungen" durch die Gemeinde bereitgestellten Unterlagen für die Bearbeitung eines Antrages vollständig vorgelegt werden müssen (Niederschrift über die Beschlussfassung der Jahresrechnung samt Kundmachung, Niederschriften über die Festsetzung der Gebührensätze (Anschlussgebühr und laufende Gebühr) für das Jahr 2016 sowie die aktuell gültige Kanalgebühren-ordnung). Andernfalls kann der Antrag nicht bearbeitet werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei einer verspäteten Beschlussfassung der Jahresrechnung 2016 nach dem 31.03.2017, bei Nichtvorhandensein eines korrekten, endgültigen und weitergeleiteten GHD-Datenträgers zum Stichtag 21.04.2017, bei einem unvollständigen Antrag (insbesondere bei Fehlen weiterer für die Förderungsabwicklung notwendiger Beilagen) oder bei verspäteter Antragstellung nach dem festgesetzten Termin 21.04.2017 ausnahmslos keine Bedarfszuweisung gewährt werden kann!

7.

Verlautbarung von Gemeinderatsbeschlüssen nach dem Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 im Internet seit 1. Oktober 2016

Seit 1. Oktober 2016 gilt das wiederverlautbarte Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 - TROG 2016, LGBl. Nr. 101/2016. Auf Gemeindeebene sind dabei insbesondere folgende verfahrensrechtlichen Neuerungen zu beachten:

Um einer zeitgemäßen und kostensparenden Verwaltung gerecht zu werden, entfällt seit 1.10.2016 die Verpflichtung einer Verlautbarung des Entwurfes, über die Erlassung oder Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes sowie über die Erlassung des Flächenwidmungsplanes, in einem täglich landesweit erscheinenden periodischen Druckwerk, für Gemeinden über 5.000 Einwohner.

Seit 1.10.2016 gilt jedoch für alle Gemeinden Tirols, dass die Auflage des Entwurfs über die Erlassung bzw. Fortschreibung des Örtlichen Raumordnungskonzeptes, die Auflage des Entwurfs über die Erlassung des Flächenwidmungsplanes und von Bebauungsplänen sowie die Auflage über die Erlassung und die Aufhebung von Bausperren auf der Internetseite der Gemeinde bekanntzumachen ist.

Für jede Änderung des Örtlichen Raumordnungskonzeptes bzw. des Flächenwidmungsplanes gilt eben Genanntes sinngemäß.

Gemeinden, die keine Homepage besitzen, sind daher verpflichtet, eine Homepage einzurichten und die relevanten Änderungen auf dieser kundzutun.

Ohne eine entsprechende Kundmachung auf der Homepage liegt ein erheblicher Verfahrensmangel vor, der von der Aufsichtsbehörde aufzugreifen ist.

> Mag. Gert Waizer Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht

8. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2017

Ertragsanteile an	2016	2017	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	1.238.896	1.718.162	479.267	38,69
Lohnsteuer	26.055.355	24.594.234	-1.461.121	-5,61
Kapitalertragsteuer	2.043.259	1.860.555	-182.705	-8,94
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	443.112	523.093	79.981	18,05
Körperschaftsteuer	622.448	627.798	5.349	0,86
Abgeltungssteuern Schweiz	15.075	2.976	-12.099	-80,26
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-2	-3	-1	-37,91
Erbschafts- und Schenkungssteuer	15.501	2.288	-13.213	-85,24
Stiftungseingangssteuer	1.694	2.614	920	54,29
Bodenwertabgabe	8.253	4.356	-3.897	-47,22
Stabilitätsabgabe	-13.397	-97.778	-84.382	-629,86
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	30.430.195	29.238.295	-1.191.900	-3,92
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	21.956.736	20.200.061	-1.756.675	-8,00
Abgabe von alkoholischen Getränken	17	0	-17	-100,00
Tabaksteuer	1.378.848	1.456.472	77.624	5,63
Biersteuer	156.426	178.639	22.213	14,20
Mineralölsteuer	4.897.807	5.119.221	221.414	4,52
Alkoholsteuer	145.132	148.934	3.801	2,62
Schaumweinsteuer	16.369	18.213	1.844	11,26
Kapitalverkehrsteuern	411.188	10.210	-400.978	-97,52
Werbeabgabe	396.813	117.810	-279.003	-70,31
Energieabgabe	884.422	973.309	88.887	10,05
Normverbrauchsabgabe	300.624	301.804	1.180	0,39
Flugabgabe	90.815	102.235	11.421	12,58
Grunderwerbsteuer (Aufteilung nach einheitl. Schlüssel)	24.162	0	-24.162	-100,00
Grunderwerbsteuer	11.020.999	9.690.645	-1.330.354	-12,07
Versicherungssteuer	1.533.581	1.607.475	73.894	4,82
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.551.920	1.446.283	-105.638	-6,81
KFZ-Steuer	1.860	12.380	10.520	565,56
Konzessionsabgabe	248.284	215.294	-32.990	-13,29
rechnungsmäßig Ertragsanteile	45.016.003	41.598.985	-3.417.019	-7,59
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	0	-879.083	-100,00
Summe sonstige Steuern	44.136.920	41.598.985	-4.296.102	-9,73
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe	74.567.115	70.837.280	-3.729.836	-5,00

9.
Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2017

Ertragsanteile an			Veränderung	
Littagoantene an	2016	2017	in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	12.132.524	13.059.497	926.973	7,64
Lohnsteuer	49.514.295	45.768.226	-3.746.069	-7,57
Kapitalertragsteuer	3.517.043	3.281.042	-236.001	-6,71
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	886.225	1.046.186	159.961	18,05
Körperschaftsteuer	14.794.553	17.848.654	3.054.101	20,64
Abgeltungssteuern Schweiz	15.075	2.888	-12.187	-80,84
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-16	-3	13	78,72
Erbschafts- und Schenkungssteuer	16.010	3.511	-12.499	-78,07
Stiftungseingangssteuer	3.916	-1.135	-5.051	-128,98
Bodenwertabgabe	149.511	139.932	-9.579	-6,41
Stabilitätsabgabe	442.593	549.823	107.230	24,23
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	81.471.728	81.698.619	226.892	0,28
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	43.592.877	40.537.608	-3.055.269	-7,01
Abgabe von alkoholischen Getränken	51	0	-51	-100,00
Tabaksteuer	2.797.096	2.932.584	135.487	4,84
Biersteuer	302.722	342.766	40.044	13,23
Mineralölsteuer	8.408.189	8.863.848	455.659	5,42
Alkoholsteuer	254.791	265.812	11.022	4,33
Schaumweinsteuer	28.936	29.969	1.033	3,57
Kapitalverkehrsteuern	531.143	11.764	-519.379	-97,79
Werbeabgabe	751.481	219.794	-531.688	-70,75
Energieabgabe	1.728.369	1.839.873	111.504	6,45
Normverbrauchsabgabe	562.572	636.441	73.870	13,13
Flugabgabe	186.564	202.803	16.239	8,70
Grunderwerbsteuer (Aufteilung nach einheitl. Schlüssel)	48.324	0	-48.324	-100,00
Grunderwerbsteuer	20.300.849	20.321.665	20.815	0,10
Versicherungssteuer	2.308.952	2.662.698	353.746	15,32
Motorbezogene Versicherungssteuer	3.103.841	2.892.565	-211.275	-6,81
KFZ-Steuer	91.396	121.093	29.696	32,49
Konzessionsabgabe	501.678	512.235	10.556	2,10
rechnungsmäßig Ertragsanteile	85.499.831	82.393.517	-3.106.314	-3,63
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	1.758.167	0	-1.758.167	-100,00
Summe sonstige Steuern	83.741.664	82.393.517	-4.864.481	-5,81
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe	165.213.392	164.092.136	-1.121.256	-0,68

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR DEZEMBER 2016

(vorläufiges Ergebnis)

	November 2016 (endgültig)	Dezember 2016 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	101,6	102,1
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	112,5	113,0
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	123,1	123,7
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	136,1	136,8
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	143,3	144,0
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	187,4	188,3
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	291,2	292,6
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	511,0	513,6
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	651,2	654,4
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	653,3	656,5

Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Dezember 2016 beträgt 102,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für November 2016 um 0,5 % gestiegen (November 2016 gegenüber Oktober 2016 + 0,1 %). Gegenüber Dezember 2015 ergibt sich eine Steigerung um 1,4 % (November 2016/2015 + 1,3 %).

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370 www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck